

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

118. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 11. Oktober 2007

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten Peter Götz, Gerd Bollmann und Jörg van Essen	12137 A	Dirk Niebel (FDP)	12144 C
Wahl des Abgeordneten Christoph Waitz als Mitglied im Beirat nach § 39 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes	12137 B	Ilse Falk (CDU/CSU)	12146 B
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung	12137 B	Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)	12148 A
Absetzung der Tagesordnungspunkte 8, 13 und 26	12138 C	Ludwig Stiegler (SPD)	12150 C
Nachträgliche Ausschussüberweisung	12138 D	Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	12152 C
Tagesordnungspunkt 3:		Dr. Ralf Brauksiepe (CDU/CSU)	12155 B
Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung: Aufschwung, Teilhabe, Wohlstand – Chancen für den Arbeitsmarkt	12138 D	Jörg Rohde (FDP)	12157 A
in Verbindung mit		Klaus Brandner (SPD)	12158 B
		Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU)	12160 B
		Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)	12161 A
		Rolf Stöckel (SPD)	12161 D
		Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU)	12163 A
		Namentliche Abstimmung	12164 B
		Ergebnis	12167 B
Zusatztagesordnungspunkt 4:		Tagesordnungspunkt 4:	
Antrag der Abgeordneten Dirk Niebel, Dr. Heinrich L. Kolb, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit an Beitragszahler zurückgeben – Beitrags-senkungspotenziale nutzen (Drucksache 16/6434)	12138 D	a) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungs-ausbau“ (Drucksache 16/6596)	12164 C
Franz Müntefering, Bundesminister BMAS	12139 A	b) Antrag der Abgeordneten Diana Golze, Klaus Ernst, Dr. Martina Bunge, weiterer	

Gesetzes zur Klärung der Vaterschaft unabhängig vom Anfechtungsverfahren (Drucksache 16/6561)	12219 C
c) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über genetische Untersuchungen zur Klärung der Abstammung in der Familie (Drucksache 16/5370)	12219 C
Brigitte Zypries, Bundesministerin BMJ	12219 D
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)	12221 A
Ute Granold (CDU/CSU)	12222 A
Jörn Wunderlich (DIE LINKE)	12223 C
Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	12224 C
Christine Lambrecht (SPD)	12225 C
Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU)	12226 D

Zusatztagesordnungspunkt 7:

Antrag der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Missbilligung der Äußerungen des Bundesministers der Verteidigung Dr. Franz Josef Jung zum Abschuss von in Terrorabsicht entführten Flugzeugen (Drucksache 16/6490)	12228 B
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)	12228 B
Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU)	12229 A
Bernd Siebert (CDU/CSU)	12230 A
Jan Korte (DIE LINKE)	12231 D
Olaf Scholz (SPD)	12232 C
Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	12234 B
Gert Winkelmeier (fraktionslos)	12235 B
Namentliche Abstimmung	12236 A
Ergebnis	12238 A

Tagesordnungspunkt 9:

a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Jens Ackermann, Kerstin Andreae, Ingrid Arndt-Brauer und weiteren Abgeordneten eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zur Verankerung der Generationengerechtigkeit (Generationengerechtigkeitsgesetz) (Drucksache 16/3399)	12236 A
b) Antrag der Abgeordneten Diana Golze, Katja Kipping, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Soziale Gerechtigkeit statt Generationenkampf – Für eine nachhaltige Politik des Sozialstaates im Interesse von Jung und Alt (Drucksache 16/6599)	12236 B
Peter Friedrich (SPD)	12236 C
Daniel Bahr (Münster) (FDP)	12240 B
Jens Spahn (CDU/CSU)	12241 B
Sevim Dağdelen (DIE LINKE)	12242 C
Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	12243 D
Katja Kipping (DIE LINKE)	12244 A
Dr. Carl-Christian Dressel (SPD)	12245 B
Michael Kauch (FDP)	12246 C
Katja Kipping (DIE LINKE)	12247 C
Michael Kauch (FDP)	12247 D
Lutz Heilmann (DIE LINKE)	12248 A
Michael Kauch (FDP)	12248 B
Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU)	12248 C

Tagesordnungspunkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales	
– zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Schneider (Saarbrücken), Klaus Ernst, Dr. Lothar Bisky, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Zwangsverrentung stoppen – Beschäftigungsmöglichkeiten Älterer verbessern	

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) der FDP verlangt namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich jetzt die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich hiermit die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Wir setzen unsere Beratungen fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 a und 9 b auf:

- a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Jens Ackermann, Kerstin Andreae, Ingrid Arndt-Brauer und weiteren Abgeordneten eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zur Verankerung der Generationengerechtigkeit (Generationengerechtigkeitsgesetz)**

– Drucksache 16/3399 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Innenausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

- (B) b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Diana Golze, Katja Kipping, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Soziale Gerechtigkeit statt Generationenkampf – Für eine nachhaltige Politik des Sozialstaates im Interesse von Jung und Alt

– Drucksache 16/6599 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Innenausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Es ist verabredet, hierüber eine Dreiviertelstunde zu debattieren. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich gebe zu, dass ich die Aussprache gerne eröffnen würde, wenn die meisten, die dieser Debatte nicht folgen wollen, den Saal verlassen und sich die übrigen auf ihre Plätze begeben haben.

Ich eröffne die Aussprache und gebe zuerst dem Kollegen Peter Friedrich für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Daniel Bahr [Münster] [FDP])

(C)

Peter Friedrich (SPD):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle, die noch hiergeblieben sind, um ein wenig zuzuhören, lade ich sehr herzlich ein, dieser Debatte zu folgen, weil wir in der Tat über ein Thema sprechen, das eigentlich – dies erkennt man, wenn man die Debatten des heutigen Tages verfolgt hat – alles durchzieht, was wir hier tun.

Wir haben heute über die Zukunft des Arbeitsmarktes und über die Kinderbetreuung debattiert. Auch, wenn es um die äußere Sicherheit geht, kommt eigentlich kein Redner darum herum, darüber zu reden, dass es um eine nachhaltige Sicherung unseres Wohlstandes, unserer Freiheit und der Solidarität geht. Insofern durchzieht das Thema Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sämtliche Debatten des Deutschen Bundestages immer wieder. Deswegen war es das Anliegen von über 100 Abgeordneten, das, was die Politik permanent beschäftigt, auch ins Grundgesetz aufzunehmen.

Der Gesetzentwurf liegt Ihnen vor. Der Kernsatz lautet:

Der Staat hat in seinem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beachten und die Interessen künftiger Generationen zu schützen.

Die Initiatorinnen und Initiatoren begehren, das ins Grundgesetz aufzunehmen.

Der Gedanke der Nachhaltigkeit ist bereits heute in Art. 20 a des Grundgesetzes angelegt. Dort ist er aber auf den Bereich der Umwelt, der Ökologie, eingeschränkt. Wir wollen, dass dieser Gedanke darüber hinaus gilt. Ich werde einige Beispiele dafür nennen, in welchen Lebensbereichen der Gedanke der Nachhaltigkeit verankert werden müsste und worüber Politik diskutieren sollte.

Wir haben uns der Frage zu stellen, ob die Formulierung eines solchen Staatszieles geeignet ist, der Politik die Selbstverpflichtung aufzulegen, dass sie die Interessen künftiger Generationen und den Grundsatz der Nachhaltigkeit tatsächlich in allen Politikbereichen beherzigt. Dazu wird mein Kollege Carl-Christian Dressel insbesondere die juristische Seite abdecken.

Ich möchte einiges zu den verschiedenen Themenfeldern sagen, um die es geht. Wir Initiatorinnen und Initiatoren aus vier Fraktionen dieses Hauses sind uns in dem Ziel einig, die Selbstverpflichtung der Politik zu erreichen, bei allen Entscheidungen auch die Generationengerechtigkeit ins Auge zu fassen. Wir sind uns aber keineswegs einig, wenn es um die Instrumente geht, die zu benennen sind. Deswegen sind wir wahrscheinlich auch in unterschiedlichen Parteien.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Nachdem es uns gelungen ist, über alle Generationen von Abgeordneten hinweg Initiatoren zu finden, finde ich es sehr bedauerlich, dass es uns nicht gelungen ist, dies auch über alle Parteien hinweg zu erreichen. Ich

¹⁾ Ergebnis Seite 12238 C

Peter Friedrich

- (A) danke der Fraktion, die sich Die Linke nennt, dafür, dass sie einen Antrag eingebracht hat, in dem sie auf der ersten Seite begründet, warum es des Teufels ist, über Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit zu reden, während sie auf der zweiten Seite acht Forderungen aufstellt, was jetzt dringend zu tun ist, um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit herbeizuführen. Dieses Verhalten ist äußerst schizofren.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der LINKEN)

Ich teile nicht alle Ziele, die dort genannt werden, aber erst zu sagen, das Ganze sei nicht nötig und es sei falsch, darüber zu reden, um dann zu sagen, dass man das alles bitte schön ändern muss, um die Ziele zu erreichen, ist nicht gerade eine konsequente Politik.

Ich möchte etwas zu einem der Hauptfelder sagen, auf dem die Nachhaltigkeit, so glaube ich, eine stärkere Rolle spielen sollte, nämlich zur sozialen Sicherung. Die letzte Bundesregierung, die letzte Koalition, hat es geschafft, bei der Rente die Kapitaldeckung als eine weitere Säule einzuführen. Ich glaube, dass das ein großer Fortschritt gewesen ist. Ich denke, wenn man sich anschaut, wie die Menschen in diesem Land dieses Angebot aufnehmen, dann merkt man, dass es inzwischen auf Akzeptanz stößt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

- (B) Ich glaube aber nicht – um das auch auszuführen und Unterschiede zu benennen –, dass es sinnvoll ist, das Element der Kapitaldeckung allen Formen sozialer Sicherung überzustülpen, insbesondere dort, wo es sich um Risikoversicherungen handelt. Das Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!“ taugt aus meiner Sicht nicht für Risiken des Lebens, die immer in Solidarität abgesichert werden müssen. Es geht vielmehr darum: Handele beizeiten, damit du nicht in Not gerätst! Das ist die Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es richtig, einen Grundsatz in die Verfassung aufzunehmen, der die Politik darauf verpflichtet, genau dies an die erste Stelle der Überlegungen zu setzen.

Viele, die den Gesetzentwurf mit unterschrieben haben, sind im Gesundheitsausschuss, und wir wissen um die demografischen Probleme, die auf uns zukommen. Wenn wir darüber reden, wie wir im Hinblick auf die Gesundheit Nachhaltigkeit erreichen können, ist die erste Antwort „Prävention“. Zuerst geht es darum, wie wir zukünftige Risiken vermeiden und es den Menschen ersparen können, in eine Notsituation zu geraten, krank zu werden.

(Zuruf des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE])

Das zeigt, dass Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit nicht bedeuten, dass wir jetzt alle den Gürtel enger schnallen und auf etwas verzichten müssen. Wir können schon heute die Lebensqualität verbessern, um in Zukunft zu mehr Nachhaltigkeit im Gesundheitswe-

sen zu gelangen. Ich glaube, da sollte es keinen Dissens geben, auch wenn einige Zwischenrufer sich darum bemühen. (C)

Des Weiteren möchte ich ein Thema ansprechen, das, denke ich, alle umtreibt und auf das auch der zweite Teil des Antrags abhebt: Steuern und Staatsverschuldung. Für mich sind Vermögen- und Erbschaftsteuer ein originäres Thema auch der Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In einer Situation, in der eine Gesellschaft demografischen Wandel bewältigen muss, muss sie auch von denen Steuern verlangen können, die von diesem demografischen Wandel in besonderer Weise profitieren. Das sind unter anderem Erbinnen und Erben; das sind die Vermögenden.

Wir wollen, dass diejenigen, die ihren Unterhalt dadurch bestreiten, dass ihr Geld für sie arbeitet, einen höheren Beitrag zur gesellschaftlichen Gesamtaufgabe leisten als diejenigen, die mit ihrer eigenen Hände oder Köpfe Arbeit ihr Auskommen bestreiten müssen. Deswegen gehört das für mich dazu. Ich verstehe aber nicht, dass die Staatsverschuldung im Antrag der Linken negiert wird. Die Bundesregierung dazu aufzufordern, nichts vorzulegen, was eine Verschuldungsbremse bedeuten würde, hat, mit Verlaub, mit linker Politik überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE]) (D)

Die größte Umverteilung in diesem Land findet dadurch statt, dass der Bund über Steuern insbesondere von denjenigen, die arbeiten, Geld einnehmen muss und es denjenigen in Form von Zinsen gibt, die von ihrem Vermögen leben.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Staatsverschuldung bewirkt eine Umverteilung von unten nach oben. Deswegen ist es keine linke Politik, zu sagen: Egal wie hoch die Schulden sind, irgendjemand wird sie schon irgendwann bezahlen.

Es geht darum, vernünftige Instrumente zu benennen. Ich unterstütze ausdrücklich den Ansatz, der in Ihrem Antrag enthalten ist, dass zur Frage der Verschuldung auch immer die Frage der öffentlichen Daseinsfürsorge und -vorsorge gehört. Ich glaube, dass wir auch betonen müssen, dass der Zustand der öffentlichen Infrastruktur und das, was wir in sie investieren, ein Beitrag zur Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen glaube ich, dass wir die Investitionen in diesem Bereich zu Recht erhöhen müssen, auch wenn der heutige Investitionsbegriff vielleicht nicht geeignet ist, dies ordentlich abzubilden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Peter Friedrich

- (A) Darüber, ob das vorgeschlagene Instrument das richtige ist, werden wir trefflich streiten können und streiten müssen. Aber der Ansatz, dass Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu einem Grundsatz des Handelns in allen Politikbereichen werden müssen, ist notwendig. In diesem Sinne hoffe ich auf eine intensive Debatte im weiteren Fortgang der Beratungen zu diesem Antrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	559;
davon	
ja:	149
nein:	404
enthalten:	6

Ja**FDP**

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Uwe Barth
Rainer Brüderle

- (B) Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Heinz-Peter Hausteil
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Michael Link (Heilbronn)
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel

Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Dr. Konrad Schily
Marina Schuster
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Christoph Waitz
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil

DIE LINKE

Hüseyin-Kenan Aydin
Karin Binder
Dr. Lothar Bisky
Heidrun Bluhm
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Werner Dreibus
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Diana Golze
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Lutz Heilmann
Hans-Kurt Hill
Cornelia Hirsch
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Dr. Hakki Keskin
Katja Kipping
Monika Knoche
Jan Korte
Katrin Kunert
Michael Leutert
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzscher
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Kornelia Möller
Kersten Naumann

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich komme zurück zum vorherigen Tagesordnungspunkt, der Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion mit dem Titel „Missbilligung der Äußerungen des Bundesministers der Verteidigung Dr. Franz Josef Jung zum Abschuss von in Terrorabsicht entführten Flugzeugen“. Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Es wurden 560 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 149, mit Nein haben gestimmt 405. Es gab 6 Enthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Wolfgang Nešković
Petra Pau
Bodo Ramelow
Elke Reinke
Paul Schäfer (Köln)
Volker Schneider (Saarbrücken)
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Dr. Petra Sitte
Frank Spieth
Dr. Kirsten Tackmann
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Kerstin Andreae
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Grietje Bettin
Alexander Bonde
Dr. Thea Dückert
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Herrmann
Peter Hettlich
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Thilo Hoppe
Ute Koczy
Sylvia Kottling-Uhl
Fritz Kuhn
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Anna Lührmann
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Omid Nouripour

Brigitte Pothmer
Claudia Roth (Augsburg)
Elisabeth Scharfenberg
Christine Scheel
Irmgard Schewe-Gerigk
Dr. Gerhard Schick
Rainer Steenblock
Silke Stokar von Neuforn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Jürgen Trittin
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler
Margareta Wolf (Frankfurt)

**Fraktionsloser
Abgeordneter**

Gert Winkelmeier

Nein**CDU/CSU**

Ulrich Adam
Ilse Aigner
Peter Albach
Peter Altmaier
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Otto Bernhardt
Clemens Binninger
Renate Blank
Peter Bleser
Antje Blumenthal
Dr. Maria Böhmer
Jochen Borchert
Wolfgang Börnßen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Michael Brand
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Monika Brünig

(C)

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- | | | | | | |
|-----|---|--|---|---|-----|
| (A) | Georg Brunnhuber
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Hubert Deitert
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Dr. Stephan Eisel
Anke Eymmer (Lübeck)
Georg Fahrenschohn
Ilse Falk
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Eberhard Gienger
Michael Glos
Ralf Göbel
Josef Göppel
Peter Götz | Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Eckart von Klaeden
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Jens Koeppen
Kristina Köhler (Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Dr. Martina Krogmann
Johann-Henrich Krummacher
Dr. Hermann Kues
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Ingbert Liebing
Eduard Lintner
Patricia Lips
Dr. Michael Luther
Stephan Mayer (Altötting)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Laurenz Meyer (Hamm)
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Philipp Mißfelder
Dr. Eva Möllring
Marlene Mortler
Hildegard Müller
Carsten Müller (Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Ruprecht Polenz
Daniela Raab
Thomas Rachel
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Peter Rauen
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer | Johannes Röring
Kurt J. Rossmann
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Albert Rupprecht (Weiden)
Peter Rzepka
Anita Schäfer (Saalstadt)
Hermann-Josef Scharf
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Georg Schirmbeck
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Ingo Schmitt (Berlin)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Wilhelm Josef Sebastian
Horst Seehofer
Kurt Segner
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Gero Storjohann
Andreas Storm
Max Straubinger
Thomas Strobl (Heilbronn)
Hans Peter Thul
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Uwe Vogel
Andrea Astrid Voßhoff
Gerhard Wächter
Kai Wegner
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Willy Wimmer (Neuss)
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | Sören Bartol
Sabine Bätzing
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Klaus Uwe Benneter
Dr. Axel Berg
Ute Berg
Petra Bierwirth
Lothar Binding (Heidelberg)
Volker Blumentritt
Kurt Bodewig
Clemens Bollen
Gerd Bollmann
Dr. Gerhard Botz
Klaus Brandner
Willi Brase
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Edelgard Bulmahn
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Dr. Michael Bürsch
Christian Carstensen
Marion Caspers-Merk
Dr. Peter Danckert
Karl Diller
Martin Dörmann
Dr. Carl-Christian Dressel
Elvira Drobinski-Weiß
Detlef Dzembitzki
Siegfried Ehrmann
Hans Eichel
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Annette Faße
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Rainer Fornahl
Gabriele Frechen
Peter Friedrich
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Renate Gradistanac
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Achim Großmann
Wolfgang Grotthaus
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Alfred Hartenbach
Michael Hartmann (Wackernheim)
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Petra Heß
Gabriele Hiller-Ohm
Stephan Hilsberg
Petra Hinz (Essen) | (C) |
| (B) | Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Holger Haibach
Gerda Hasselfeldt
Ursula Heinen
Uda Carmen Freia Heller
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Bernd Heynemann
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Robert Hochbaum
Klaus Hofbauer
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Susanne Jaffke
Dr. Peter Jahr
Dr. Hans-Heinrich Jordan
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl | | | | (D) |
| | | SPD
Dr. Lale Akgün
Gregor Amann
Gerd Andres
Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Ernst Bahr (Neuruppin)
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel | | | |

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- | | | | | | |
|-----|--|---|---|--|-----|
| (A) | Gerd Höfer
Iris Hoffmann (Wismar)
Eike Hovermann
Klaas Hübner
Christel Humme
Brunhilde Irber
Johannes Jung (Karlsruhe)
Josip Juratovic
Johannes Kahrs
Ulrich Kelber
Christian Kleiminger
Astrid Klug
Dr. Bärbel Kofler
Walter Kolbow
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Rolf Kramer
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Angelika Krüger-Leißner
Jürgen Kucharczyk
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Dr. Uwe Küster
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Waltraud Lehn
Helga Lopez
Gabriele Lösekrug-Möller
Dirk Manzewski
Lothar Mark
Caren Marks | Katja Mast
Hilde Mattheis
Markus Meckel
Petra Merkel (Berlin)
Dr. Matthias Miersch
Ursula Mogg
Marko Mühlstein
Detlef Müller (Chemnitz)
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Christoph Pries
Dr. Wilhelm Priesmeier
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Steffen Reiche (Cottbus)
Maik Reichel
Dr. Carola Reimann
Christel Riemann-
Hanewinkel
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Ortwin Runde
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Dr. Hermann Scheer | Dr. Frank Schmidt
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Renate Schmidt (Nürnberg)
Heinz Schmitt (Landau)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Reinhard Schultz
(Everswinkel)
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Dieter Steinecke
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Christoph Strässer
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Dr. Rainer Tabillion
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Jörn Thießen
Franz Thönnies
Rüdiger Veit | Simone Viola
Jörg Vogelsänger
Dr. Marlies Volkmer
Hedi Wegener
Andreas Weigel
Petra Weis
Gunter Weißerger
Gert Weisskirchen
(Wiesloch)
Dr. Rainer Wend
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzel
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Engelbert Wistuba
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Heidi Wright
Uta Zapf
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries | (C) |
|-----|--|---|---|--|-----|

- | | | |
|-----|--|-----|
| (B) | | (D) |
|-----|--|-----|

Wir kommen zurück zu unserer Debatte. Das Wort hat jetzt der Kollege Daniel Bahr für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Daniel Bahr (Münster) (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es war im Jahr 2003, als jüngere Abgeordnete aus allen Fraktionen bei einer Veranstaltung über richtige Konzepte in der Rentenpolitik, Umweltpolitik und Finanzpolitik gestritten haben. Aber obwohl wir unterschiedlichen Parteien angehören, haben wir beschlossen, dass wir eine gemeinsame Initiative starten, und festgestellt, dass wir gemeinsam dafür sind, eine Politik zu beenden, die allzu häufig die Lasten auf kommende Generationen geschoben hat. Wir müssen selbstkritisch feststellen, dass wir alle – das gilt genauso für Sie von der PDS, die Sie auch in Ländern Verantwortung haben – allzu häufig in unseren Parteien dafür Mitverantwortung getragen haben.

Deswegen wollen wir mit dieser Initiative, die von Jüngeren ausgegangen ist, aber von allen Altersgruppen aus den Fraktionen im Deutschen Bundestag getragen wird, der Politik Verpflichtungen auferlegen, nicht immer nur an den nächsten Tag oder den nächsten Wahltermin zu denken. Wir wollen vielmehr, dass sich die Politik selbstverpflichtet, die Lasten, die immer weiter auf die nachfolgenden Generationen geschoben werden, zu

begrenzen und in ihren Entscheidungen auf Generationengerechtigkeit zu achten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Generationengerechtigkeit heißt, dass eine Generation nur so viel verbrauchen darf, dass auch nachfolgende Generationen noch genügend Freiheitschancen haben. Das gilt für die natürlichen Ressourcen genauso wie für die finanziellen Ressourcen, die unseren Handlungsspielraum angesichts der Verschuldungssituation immer mehr einengen. Wir können zwar darüber streiten – was wir immer wieder gerne tun –, wofür wir Geld ausgeben wollen – ob im sozialen Bereich, für Bildung oder Infrastruktur –, aber eines müssen wir als Faktum hinnehmen: Mittlerweile hat die Verschuldung ein so großes Ausmaß angenommen, dass die Zinsen für die schon vorhandenen Schulden den zweithöchsten Posten im Bundeshaushalt ausmachen. Das nimmt uns den Spielraum, diese Gelder für andere Bereiche auszugeben.

Allein in den 45 Minuten, die diese Debatte dauert, wird sich der Schuldenberg um 1 455 300 Euro erhöhen. Dieses Geld steht uns nicht mehr für andere Ausgaben zu Verfügung. Wir müssen ein gemeinsames Interesse daran haben, Wege zu finden, um das einzuschränken.

Daniel Bahr (Münster)

- (A) Heute wurden viel zu häufig Wahlversprechen gemacht, und zwar von allen Parteien im Deutschen Bundestag. Die Vorhaben würden über Schulden finanziert, die wieder von den nachfolgenden Generationen getragen werden müssten.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir unter anderem erreichen, dass wir verstärkt schon jetzt die Verantwortung für Entscheidungen tragen, die wir heute treffen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist es mir sehr wichtig, dass eine breite Debatte über den Gesetzentwurf stattfindet. Mir ist völlig klar, dass jeder aus den Fraktionen seine eigenen Vorstellungen hat, wie unsere Ziele besser umgesetzt werden könnten. Wir werden es nie leisten, dass alle Generationen aus den verschiedensten Fraktionen in einem Gesetzentwurf zur Renten- und Umweltpolitik völlig übereinstimmen. In diesen Bereichen haben wir unterschiedliche Ansätze. Mit dem Gesetzentwurf haben wir aber eine Verpflichtung der Politik erreicht, sich in ihrem Handeln generationengerechter zu verhalten. Das ist schon eine große Leistung.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- (B) Jens Spahn spricht jetzt für CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jens Spahn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass diese Debatte heute auch den Deutschen Bundestag erreicht und unser Gesetzentwurf es nach etwas längerer Zeit tatsächlich auf die Tagesordnung geschafft hat. Worum geht es bei dem Gesetzentwurf? 105 Abgeordnete des Deutschen Bundestages aus vier Fraktionen und im Übrigen aus allen Altersklassen – von einer Seite des Hauses wird immer wieder auf den Gegensatz Alt gegen Jung abgestellt; dabei wurde der Gesetzentwurf von Abgeordneten im Alter von 24 bis 64 Jahren eingebracht – verfolgen mit dem Gesetzentwurf ein gemeinsames Ziel, das sich in zwei Bereiche aufteilt.

Zum einen geht es um die Frage des Staatsziels Generationengerechtigkeit, also die Verpflichtung aller Staatsorgane – des Bundestages, des Bundesrates, aber auch des Bundespräsidenten und des Bundesverfassungsgerichts –, die Ressourcen und Spielräume nachfolgender Generationen auch mit Blick auf das Handeln aktueller Generationen mit zu berücksichtigen. Ich habe noch keine Debatte erlebt, in der jemand etwa das Sozialstaatsprinzip als Staatsziel infrage gestellt hat,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Doch!
Das ist kein Staatsziel!)

- (C) weil in der Verfassung nicht bis ins kleinste Detail inhaltlich geregelt ist, wie dieses Prinzip auszufüllen ist.

Es bestehen zwar in der Tat unterschiedliche Auffassungen darüber, wie dieses Ziel erreicht werden soll, aber mit dem Gesetzentwurf wird erreicht – das soll auch mit der Staatszielbestimmung erreicht werden –, dass wir uns alle gemeinsam dem Ziel verpflichten, einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen zu schaffen. Das gilt im Übrigen auch für uns. Ich werde 2050 70 Jahre alt sein. Dann gehöre ich zu den Alten, die sich mit Rücksicht auf Jüngere zu verhalten haben. Ein solches Staatsziel ist nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in Zukunft bindend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Neben dem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht wollen wir zum anderen die Interessen der nachfolgenden Generationen in der Finanzverfassung berücksichtigt wissen.

Ich gebe zu, dass uns die Föderalismuskommission II mit der Diskussion über eine Schuldenbremse ein Stück weit eingeholt hat. Wenn die Ergebnisse vorliegen und sogar über das hinausgehen, was wir vorschlagen, werden wir gerne bereit sein, dem zu folgen. Im Kern geht es darum, dass die bisherigen Instrumente und Regelungen in der Finanzverfassung nicht verhindert haben, dass wir insgesamt 1,5 Billionen Euro explizite und implizite, also nicht ausgewiesene, Schulden – das gilt insbesondere für die sozialen Sicherungssysteme – haben. Es ist bezeichnend, dass wir es wahrscheinlich zum nächsten Dekadenwechsel zum ersten Mal seit fast 40 Jahren schaffen werden – so lange gibt der Bund mehr aus, als er einnimmt –, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Offensichtlich sind zusätzliche Mechanismen notwendig.

(D) Denjenigen, die verfassungsrechtliche Bedenken haben und mahnen, wir sollten bei der Staatszielbestimmung sehr zurückhaltend sein und die Verfassung nicht unnötig aufblähen, stimme ich im Grundsatz zu. Wenn man aber erkennt, dass die geltenden verfassungsrechtlichen Mechanismen und Regelungen nicht geeignet sind, das angestrebte Ziel – etwa in der Finanzverfassung – zu erreichen, muss man über eine Verfassungsänderung nachdenken. Auch die Interessen derjenigen, die sich heute nicht artikulieren können und die in 20, 30, 40 oder 50 Jahren Schulden und Zinsen zu zahlen und dann eventuell unter eingeschränkten Gestaltungsspielräumen zu leiden hätten, müssen in der aktuellen Politik und in der Verfassung Berücksichtigung finden. Ich bin daher auf die Anhörung, die unter Beteiligung von Verfassungsrechtlern stattfinden wird, sehr gespannt. Dabei wird es um die Gestaltungsspielräume und die Berücksichtigung der Interessen zukünftiger Generationen gehen.

Ich möchte noch etwas zu dem Antrag der Linken sagen. Dieser Antrag wurde in den letzten Tagen vorgelegt, während unser Gesetzentwurf seit vielen Monaten vorliegt. Wahrscheinlich ist er aus der Not geboren. Sie

Jens Spahn

- (A) hätten besser einfach Nein gesagt. Sie setzen in Ihrem Antrag die stärkste Waffe der Linken, den sozialistischen Schachtelsatz, ein.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Das kommt bei euren Anträgen nie vor!)

Er ist wirklich schwer zu verstehen. Das wäre noch zu akzeptieren, wenn er inhaltlich gut wäre. Aber so ist er einmal mehr ein Beleg für Ihre populistische Argumentation, ein typisches Phänomen der Linkspartei.

(Widerspruch bei der LINKEN)

– Lesen Sie doch einmal Ihre Forderungen! Sie wollen mehr BAföG, höhere Renten, ein höheres Arbeitslosengeld sowie mehr für das Gesundheitswesen und die Pflegeversicherung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie erwähnen aber mit keinem einzigen Wort, wie das Ganze bezahlt werden soll. Das ist das Populistische an Ihrem Antrag. Das ist zu verurteilen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie offenlassen, wie das Ganze bezahlt werden soll, und im Zweifelsfall alles über Schulden finanzieren wollen, tun Sie nicht nur nichts im Interesse zukünftiger Generationen. Sie gehen vielmehr noch einen Schritt weiter und machen bewusst Vorschläge, die ganz klar im Gegensatz zu den Interessen künftiger Generationen stehen. Dass Sie die Verteilungswirkung neuer Schulden nicht verstehen, dass Sie nicht verstehen, dass gerade Schulden für eine Umverteilung von unten nach oben sorgen, weil durch Zinszahlungen, die über Steuern geleistet werden müssen, letztlich diejenigen, die Schuldverschreibungen kaufen – das sind meistens Menschen mit höherem Einkommen –, mehr Geld bekommen, verwundert mich jedes Mal aufs Neue.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mir nur wünschen, dass wir hier im Deutschen Bundestag im Rahmen dieses parlamentarischen Verfahrens eine hoffentlich spannende und aufschlussreiche Anhörung erleben werden, in der es auch um die Frage geht, was man wie am besten im Sinne unseres Ziels in der Verfassung regeln kann. Am Ende sollten wir gemeinsam, hoffentlich fraktionsübergreifend, unabhängig davon, dass wir Generationengerechtigkeit fast alle seit vielen Jahren in unseren Reden erwähnen, versuchen, das, was wir uns vorgenommen haben, was aber in einer Demokratie nicht immer einfach umzusetzen ist, bindend in die Verfassung hineinzuschreiben. Ich jedenfalls freue mich auf die Debatte und gegebenenfalls auf eine sehr strittige Auseinandersetzung.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(C)

Es spricht für die Linke die Kollegin Sevim Dağdelen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Rückbau und der Abbau von sozialen Errungenschaften tarnen sich gern mit den schönsten Titeln. Der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt in unserem Land ist eine soziale Errungenschaft, und der Gesetzentwurf der jungen Parlamentariergruppe hat einen schönen Titel: Generationengerechtigkeitsgesetz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur täuscht ein schöner Titel nicht darüber hinweg – klatschen Sie nicht zu früh! –, dass es in diesem Gesetzentwurf durchaus nicht um Gerechtigkeit, sondern um plumpen Egoismus geht.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Wo? Eine Zeile!)

Es ist gewiss nicht leicht, zu ermitteln, was gerecht und was ungerecht ist. Im Zweifel erkennt man aber die Gerechten daran, dass sie nicht zuerst an sich denken, sondern an die anderen.

(Beifall bei der LINKEN)

Für die Linke möchte ich an eine Tatsache erinnern, die so offensichtlich ist, dass man dazu neigt, sie manchmal zu vergessen. Alles, was uns heute zur Verfügung steht, ist das Werk älterer Generationen. Alles, worüber wir heute verfügen, unsere Technik, unsere Kultur, unsere sozialen und politischen Erfolge, sogar alles, was uns heute hier in diesem Saal an Einrichtung und Ausstattung umgibt, fußt auf dem Lebenswerk derer, die heute alt sind. Diese Generation hat in den Erfolg einer Zukunft nachhaltig investiert, die wir heute unsere Gegenwart nennen. Es ist also völlig gerecht, dass diese ältere Generation am materiellen Wohlstand der gegenwärtigen Gesellschaft teilhaben darf, für die sie schließlich die Grundlagen geliefert hat.

(D)

(Beifall bei der LINKEN – Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Da widerspricht doch keiner!)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist dagegen nicht nur ungerecht, sondern auch noch schlicht beschämend.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD – Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Thema verfehlt! Setzen, sechs!)

Darin ist viel von Zukunft und Nachhaltigkeit die Rede. Der Begriff der Nachhaltigkeit war ursprünglich einmal positiv besetzt.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Spahn zulassen?

(A) Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Nein, im Moment nicht, vielleicht am Ende der Rede. – Wie nun im Gesetzentwurf der jungen Parlamentarier zu erkennen ist, machen sich diesen Begriff vermehrt diejenigen zu eigen, denen es um die Nachhaltigkeit sozialer Missstände geht. Es sind aber nicht die Alten, die der Bewahrung der Lebensgrundlagen im Wege stehen, sondern es ist die Logik einer Wirtschaft, deren höchstes Ziel der Profit ist, die den sozialen Frieden ebenso bedroht wie die Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Gesetzentwurf liest sich so, als gäbe es eine wunderbare Welt von morgen, die den Jüngeren gehört, und eine Welt von gestern, die von den Alten beherrscht wird und den Weg in die Welt von morgen versperrt.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Dann müssen Sie einen anderen Gesetzentwurf gelesen haben!)

Dies ist ein infantiles Weltbild.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Wo steht das im Gesetzentwurf? Haben Sie ihn überhaupt gelesen?)

Steht denn nicht jede Generation auf den Schultern der alten, um dort zu wachsen, bis sie neue Generationen zu schultern imstande ist?

Allein voran ist das Weltbild der jungen Parlamentariergruppe aber unvollständig. Es bleiben darin die wirklichen Konflikte unbeachtet, die uns den Weg in eine gerechte Gesellschaft tatsächlich versperren.

(B)

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ins Paradies!)

Die wahre Konfliktlinie in unserer Gesellschaft verläuft nicht zwischen Jung und Alt. Sie verläuft auch nicht zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die keine Arbeit haben. Sie verläuft nicht zwischen den Kulturen, und sie hat auch nichts mit der staatsrechtlichen Herkunft der Menschen zu tun. Nein, die echten Konfliktlinien verlaufen zwischen denen, die für ihre Arbeitsleistung gerade einmal einen mäßigen Lohn bekommen, und denen, die sich an der Arbeit ihrer Mitmenschen hemmungslos bereichern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linie verläuft zwischen – es ist bemerkenswert, dass das gerade die FDP moniert – denen, die nur ihre Arbeitskraft am Markt anbieten können,

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Schwarz-weiß ist die Welt!)

und jenen, die diesen Markt mit reichlich Kapital steuern. Die echte Konfliktlinie verläuft zwischen solchen jungen Menschen von heute, die schon ab der Wiege ausgesorgt haben, und jenen, die sich ein ganzes Leben lang ohne wirkliche Chancen plagen werden.

Die Konfliktlinie verläuft zwischen denen, die ohne Arbeit leben und bleiben, und jenen, die ihren Beschäftigten Überstunden und Mehrarbeit abverlangen. In der

Vermittlung dieser Konflikte liegt aller Anfang für eine wirklich gerechte Gesellschaft für alle Generationen. Schaut man sich dagegen den Gesetzentwurf dieser jungen Parlamentariergruppe an, möchte man sagen: Aller Anfang ist schwer. **(C)**

Um den Startschwierigkeiten auf dem Weg in eine gerechte Zukunft etwas abzuwehren, hat Ihnen die Linke heute einen Antrag vorgelegt. Mit der Verfassung geht die Linke davon aus, dass das Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz den Staat verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass jeder Mensch in die Lage versetzt wird, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich selbst verwirklichen zu können.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Auch die, die noch nicht geboren sind!)

Wenn wir dieses Verfassungsprinzip endlich in die Tat umsetzen würden – so ist es nämlich nicht –, bräuchten wir heute keine Debatte zu einem Unthema namens Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Verfassung zeichnet uns das unverwirklichte Bild einer Gesellschaft, in der der Mensch Maß aller Dinge ist und nicht die Verwertungslogik des Kapitals. In dieser Gesellschaft wird es dann auch eine Gerechtigkeit für junge und alte Menschen geben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Anna Lührmann. **(D)**

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Dağdelen, wenn Sie den Antrag gelesen hätten, wäre Ihnen aufgefallen, dass darin die junge Generation mit keinem Wort vorkommt, sondern von der künftigen Generation die Rede ist.

Es geht uns mit diesem Antrag darum, die Interessen künftiger Generationen, also derjenigen, die noch nicht geboren sind, in den Fokus der Politik zu stellen. Dieser Antrag enthält also keine Spur von Egoismus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Unser Ziel ist, dass die künftig lebenden Generationen mindestens die gleichen Lebenschancen haben wie wir, die heute leben. Das heißt, es geht uns darum, dass wir alle, Jung und Alt, daran arbeiten, unseren Nachkommen eine intakte Umwelt und niedrigere Schuldenberge zu hinterlassen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Katja Kipping zulassen?

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja.

Anna Lührmann

- (A) (Zuruf von der CDU/CSU: Es sind nicht alle so intolerant! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt kommt Kompetenz!)

Katja Kipping (DIE LINKE):

Liebe Kollegin, wir haben nicht nur Ihre parlamentarische Initiative gelesen, sondern auch die Papiere zur Generationengerechtigkeit, die Sie bereits in der vergangenen Legislatur mit unterzeichnet haben. Da gab es eine sehr interessante Fußnote, nämlich den Vermerk, dass dieses Papier, das von jungen Abgeordneten in die Öffentlichkeit getragen wurde, im Wesentlichen von der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ mit erarbeitet wurde.

(Zuruf von der FDP: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Das ist eine Initiative – Sie haben gerade gesagt: von Egoismus keine Spur –, die sehr wohl für Interessen und Egoismus steht, weil sie von den sogenannten Arbeitgebern finanziert wird. Deswegen möchte ich Sie fragen: Wie verträgt sich dieses Aufgreifen von ganz klaren Wirtschaftslobbygruppen mit dem Anspruch eines freien Abgeordneten und vor allen Dingen eines selbstbewussten demokratischen Diskurses?

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kipping, ich weiß, auf welches Papier Sie anspielen. Das wurde übrigens nicht von der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“

- (B) (Zuruf der Abg. Katja Kipping [DIE LINKE])

– ich darf jetzt antworten –, sondern von einem Think tank namens „Berlin Police“ erarbeitet. Ich habe daran mitgewirkt, bevor ich wusste, woher sie finanzielle Unterstützung bekommen. Ich habe das hinterher selber –

(Lachen bei der LINKEN – Zurufe von der LINKEN)

– Man darf doch Fehler auch einmal zugeben.

(Erneute Zurufe von der LINKEN)

Das sollte in einer Demokratie auch einmal möglich sein. Das scheint einigen Ihrer Parteikollegen eindeutig schwerzufallen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Wir können das auch allein! Wir haben das auch allein geschafft! Keine Sorge, wir kriegen das hin!)

Wir reden hier aber über etwas ganz anderes: Wir reden hier über einen interfraktionellen Gesetzentwurf, der darauf abzielt, das Grundgesetz im Interesse künftiger Generationen zu ergänzen. An diesem Punkt kann ich nun wirklich keinen Egoismus entdecken.

Sie fragen, wie das mit dem Selbstverständnis von Parlamentariern in Einklang zu bringen ist. Ich kann Ihnen zusichern: Viele Kolleginnen und Kollegen – auch solche, die hier heute anwesend sind – haben viele Stunden damit zugebracht, sich – unabhängig von irgendei-

ner finanziellen oder anderen Unterstützung – über jedes Wort und jedes Komma dieses Gesetzentwurfs Gedanken zu machen und darüber zu reden. (C)

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Sehr richtig! Wir können das nämlich auch allein!)

Es geht uns mit diesem Gesetzentwurf eindeutig darum, die Interessen künftiger Generationen, die bisher zu wenig geschützt werden, in den Mittelpunkt der Politik zu rücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich will hier noch einmal erwähnen, dass sich unser Gesetzentwurf von der Stoßrichtung anderer Vorlagen, die auf die Ergänzung von Staatszielen ausgerichtet sind, grundsätzlich unterscheidet. Uns geht es eben nicht um einen Politikbereich wie Sport oder Kultur, sondern darum, dass Menschen, die noch nicht geboren sind, zu Rechtssubjekten gemacht werden. Wir wollen uns auch um die Interessen dieser Menschen kümmern.

Wir wollen die Spielregeln unserer Demokratie dahingehend ändern, dass der politische Wettbewerb nicht mehr zulasten derjenigen ausgetragen wird, die noch nicht wählen gehen dürfen. Wir wollen also mehr Fairness in der politischen Auseinandersetzung. Es soll in Deutschland künftig unanständig sein, in Wahlkämpfen etwas zu versprechen, was für künftige Generationen eine Last sein wird. Wir wollen, dass stattdessen immer wieder kritisch hinterfragt wird, welche Auswirkungen politische Konzepte auch nach dem Ablauf einer Wahlperiode haben. (D)

Dass diese Fairness gegenüber künftigen Generationen fehlt, wird besonders beim Thema „Umweltschutz“ deutlich: Schmelzende Eisberge, strahlender Atom Müll und aussterbende Arten sind die Konsequenz nicht korrigierbarer Fehler, mit der wir unsere Kinder belasten.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Was hat das mit Haushaltspolitik zu tun?)

– Um genau dieses Thema geht es bei unserem Gesetzentwurf. Ihre intellektuellen Fähigkeiten überfordert das anscheinend.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich möchte auf das Thema „Klimawandel“ zurückkommen. Die Ergebnisse der ranghöchsten Klimafor-scher der UN sprechen eine klare Sprache: In den nächsten hundert Jahren wird sich die Erde wahrscheinlich zwischen 1,8 und 4 Grad Celsius erwärmen; der Meeresspiegel wird ansteigen; Wetterextreme wie Dürren und Unwetter werden krass zunehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben längst den Zug verpasst, den Klimawandel aufzuhalten. Die heutige Politik kann den Klimawandel nur noch abbremsen und dafür sorgen, dass es nicht noch schlimmer kommt. Diesen Fehler sollten wir nicht wiederholen. Stattdessen sollte in Zukunft folgendes Motto den Staat in seinem Handeln lei-

Anna Lührmann

(A) ten: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Anhand dieses Beispiels sollte selbst den Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei klar geworden sein, dass Generationengerechtigkeit soziale Gerechtigkeit in der Zukunft ist. Denn wer wird denn am schlimmsten unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben? Das werden nicht die Reichen sein, die sich von vielen Problemen freikaufen können. Die ärmeren Bevölkerungsschichten in Europa, vor allem aber in Afrika und in Asien werden unter den krassen Unwettern, unter dem Mangel an Trinkwasser und Lebensmitteln zu leiden haben.

Was für die Umweltpolitik gilt, gilt auch für die Staatsverschuldung und für die sozialen Sicherungssysteme. Politikerinnen und Politiker können heute schmerzhafteste Verteilungskonflikte mittels implizierter und explizierter Verschuldung bequem auf die Zukunft abschieben. Es ist aber ungerecht, wenn wir uns soziale Gerechtigkeit heute auf Kosten von sozialer Ungerechtigkeit in der Zukunft erkaufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

(B) Wenn wir immer mehr Geld für Schuldendienst und für andere Verpflichtungen aus der Vergangenheit ausgeben, dann hat der Staat immer weniger Mittel etwa für Bildung und für soziale Sicherung zur Verfügung, und das trifft vor allem die, die den Staat brauchen, nämlich die sozial Schwachen. Diese absehbare Ungerechtigkeit muss verhindert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich würde mich sehr freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie unseren Gesetzentwurf in den folgenden Beratungen wohlwollend prüfen und wir am Ende eine Zweidrittelmehrheit für mehr Generationengerechtigkeit, für mehr Nachhaltigkeit hier im Plenum zustande bringen würden. Ihre Enkelkinder, deren Kinder und Kindeskindestkinder werden es Ihnen sicherlich danken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Carl-Christian Dressel hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

Dr. Carl-Christian Dressel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der heutigen Debatte geht es um einen Gesetzentwurf, der die generationenübergreifende Gerechtigkeit zum Ziel hat. Meines Erachtens ist das ein ehrenwertes Ziel, und ich denke, dass jeder von uns es für erstrebenswert hält.

(Zuruf von der LINKEN: Nie! Darunter versteht jeder etwas anderes!)

(C)

Bei dem uns vorliegenden Gesetzentwurf handelt es sich zweifelsohne um den Versuch, grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen Rechnung zu tragen, die bestimmte Fragen aufwerfen. Die Frage ist natürlich: Ist eine Änderung des Grundgesetzes die richtige Antwort hierauf? Diesen Diskurs müssen wir meines Erachtens mit dem größten Respekt und auch mit aller Sensibilität für die Generationen führen, die dieses Land mit aufgebaut haben.

Ich unterstelle niemandem, die Solidarität zwischen den Generationen infrage zu stellen. Für uns alle muss klar sein: An der Solidarität zwischen den Generationen darf kein Weg vorbeiführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es darf nicht darum gehen, Verteilungsgerechtigkeit gegen Generationengerechtigkeit auszuspielen. Beide bedingen einander. Wir haben in der Diskussion, auch in der Öffentlichkeit, leider teilweise einen unsensiblen und despektierlichen Umgang mit dem Thema erlebt. Bereits in den Sprüchen Salomos steht geschrieben – ich weiß, dass Sie bei der PDS das Buch nicht kennen –:

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben.

(D)

(Zuruf des Abg. Frank Spieth [DIE LINKE])

– Sünde ist Ihr Stichwort; da haben Sie recht.

Wir hätten über das Thema Generationengerechtigkeit und über zukünftige Generationen weniger zu diskutieren, hätten wir nicht in der Gegenwart die Probleme, die uns vergangenes Regierungshandeln Ihrer Partei eingebrockt hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Euer Regierungshandeln, mein Lieber!)

Sie möchten das Thema Generationengerechtigkeit immer wieder für Ihre eigene Profilierung instrumentalisieren. Ich sage Ihnen einmal: Ihr Handeln ist genauso sündig wie das derjenigen aus der Generation von Ichlingen, die ein asymmetrisches Verständnis von Solidarität haben und die den Generationenvertrag aufkündigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Frank Spieth [DIE LINKE]: So altklug, wie Sie da herreden, kann ich mit 80 nicht sein!)

– Das alles ist eine Frage des gefühlten Alters, Herr Kollege. Ich fühle mich noch jung genug, um Ihnen Kontra zu geben.

Dr. Carl-Christian Dressel

- (A) (Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wir schon zum Thema Alter sprechen: Die Älteren vertrauen darauf, Solidarität von denjenigen erfahren zu können, die sie selbst in die Welt gesetzt haben und denen sie durch ihre Beiträge zum Aufbau dieses Landes und unserer Gesellschaft ein vernünftiges Leben ermöglichen haben.

Wir haben jetzt das gesellschaftliche Problem: Der Generationenvertrag beginnt zu bröckeln; zu wenig Kinder werden geboren. Wir müssen darauf reagieren. Ist eine Antwort darauf, das Grundgesetz zu ändern? Aus verfassungsrechtlicher Sicht habe ich damit Probleme.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Genau!)

Diese verfassungsrechtliche Sicht teilen auch viele juristische Kollegen. Das Problem der Gerechtigkeit,

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Sozialstaatsgebot!)

zu dem es nicht nur das Buch *Eine Theorie der Gerechtigkeit* von John Rawls gibt, ist ein sehr abstraktes. Der Begriff der Gerechtigkeit lässt sich nur schwer definieren. Wer artikuliert die Bedürfnisse einer noch nicht existierenden Generation? Ich sehe das Problem, dass die Verfassung durch die Aufnahme dieses Problems weiter ausfranst und dass die Werteordnung des Grundgesetzes verwässert wird.

- (B) (Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Dann hätten Sie auch gegen den Tierschutz sein müssen!)

Wie ist eine faire Lastenverteilung zu definieren? Ist es gerecht, Herr Kollege Bahr, dass der durchschnittliche Deutsche im Jahr 2004 nominal doppelt so viel verdient hat wie der durchschnittliche Deutsche im Jahr 1960? Müssen demzufolge die heute Jungen einen Sondergenerationenausgleich an die Älteren überweisen? Der Gerechtigkeitsbegriff lässt sich schwer bestimmen ebenso wie der aus der Forstwirtschaft stammende Begriff der Nachhaltigkeit.

Wir brauchen in der Verfassung keine Erklärungen zur Selbstverpflichtung, wie Sie, Herr Bahr, es vorhin ausgeführt haben. Wir brauchen in der Verfassung Normen, die dem Bundesverfassungsgericht als Grundlage für Entscheidungen dienen können. Das gilt zum Beispiel auch für den hier häufig missbräuchlich angeführten Begriff des Sozialstaates. Die politischen Entscheidungen, die wir treffen, müssen das Thema Generationengerechtigkeit stets berücksichtigen. Die Entscheidungen über politische Maßnahmen, die diesbezüglich zu treffen sind, sollten allerdings nicht in Form einer Staatszieldefinition an Karlsruhe delegiert werden, sondern wir sollten diese Entscheidungen selbst treffen und selbst begründen können.

Ein Bereich, in dem wir das zurzeit tun, ist der Bereich der Föderalismusreform II. Hier tut sich zurzeit wirklich die Chance auf, bei den öffentlichen Finanzen zu mehr Nachhaltigkeit und Chancengerechtigkeit zu kommen. Auf die Frage, ob es gerecht ist, den künftigen

Generationen 2 Billionen Euro oder gar noch mehr, wenn Ihre Vorschläge berücksichtigt würden, an Schulden zu hinterlassen, würde ich nämlich antworten: Wir sollten über diesen konkreten Punkt diskutieren, statt Programmsätze ins Grundgesetz zu schreiben. (C)

Wir müssen unsere Diskussion mit Respekt und Sensibilität führen. Und um festzustellen, dass Verfassung kein Klamauk ist, brauchen wir weder Zitate aus der Bibel noch solche von bedeutenden Rechtsphilosophen. Ganz im Gegenteil: Dazu reicht sogar der entsprechende Zwischenruf des Kollegen Westerwelle beim letzten Tagesordnungspunkt aus.

Ich danke Ihnen und freue mich auf eine ausgiebige Diskussion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Was war das für ein Zwischenruf? – Gegenruf des Abg. Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: „Die Verfassung ist kein Klamauk“!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Michael Kauch spricht jetzt für die FDP-Fraktion.

Michael Kauch (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat, die Verfassung ist kein Klamauk. Genau darum geht es hier aber nicht. Vielmehr geht es darum, hier darüber zu diskutieren, ob die Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes, die wir ja schon haben, ausreichend sind, damit die Rechte der Menschen berücksichtigt werden, die heute noch nicht geboren sind. Das ist genau der Punkt, um den es hier geht. Menschen, die heute schon geboren sind, haben Grundrechte. Deshalb besteht zum Beispiel ein Unterschied zwischen dieser Debatte und der über Kinderrechte. Da geht es ja um Kinder, die heute schon Grundrechtsträger sind. (D)

Wir müssen uns auch vergegenwärtigen, dass wir das Grundgesetz in den 90er-Jahren bereits um weitere Staatszielbestimmungen erweitert haben. Es erschließt sich mir nicht, warum beispielsweise die Staatszielbestimmung des Schutzes der Tiere vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde, aber die künftigen Generationen, die, die nach uns kommen, nicht den gleichen Schutz in Form einer Staatszielbestimmung bekommen sollen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich denke in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, immer an die Verteidigung der Habilitationsschrift eines meiner Professoren zurück, der sich darüber habilitiert hat, dass das Grundgesetz keine Schranken gegen die dynamische Ausbeutung der jungen Generation enthält. Genau darum geht es. Es geht um die dynamische Ausbeutung, die dadurch entsteht, dass unsere heutigen Politikprozesse so organisiert sind, dass die Lasten auf die Zukunft verschoben werden.

Michael Kauch

- (A) Wenn die Linke mit ihrem von Karl Marx stammenden Ausbeutungsbegriff nicht im 19. Jahrhundert stehen geblieben wäre, dann würde sie einen solchen Antrag wie den heute vorliegenden nicht stellen. Der Altmarxismus, den Sie über Ihren Antrag in den Deutschen Bundestag einzubringen versuchen, ist absolut peinlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie negieren die gesellschaftliche Realität, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Sie stellen Verschwörungstheorien bezüglich des Vordringens des Neoliberalismus in den Deutschen Bundestag auf. Das ist die Fiktion, von der Sie ausgehen. Damit wollen Sie die Menschen aufwiegeln. Das hat aber nichts mit den Zukunftsproblemen künftiger Generationen in diesem Land zu tun.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Dağdelen zulassen?

Michael Kauch (FDP):

Die Kollegin hat gerade keine Zwischenfrage zugelassen. Deshalb werden wir, denke ich, keine Zwischenfrage dieser Kollegin zulassen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kipping zulassen?

Michael Kauch (FDP):

Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfragen zulassen.

(Lachen bei der LINKEN)

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung, den dieses Parlament nun in der zweiten Wahlperiode eingesetzt hat, beschäftigt sich sehr ausführlich mit den Veränderungen, die sich durch den demografischen Wandel ergeben. Dabei geht es zum einen um die Frage, wie wir unsere Infrastruktur an kommende Entwicklungen anpassen müssen. Es geht aber auch um die Frage, wie wir Transparenz schaffen, welche Leistungen die alte und die junge Generation sowie künftige Generationen erbringen und welche Lasten sie tragen müssen.

Das, was mit dem vorliegenden Antrag verfolgt wird, fügt sich sehr gut in die Nachhaltigkeitspolitik ein, die ansonsten in diesem Parlament betrieben wird. Ich habe mich sehr gefreut, dass im Parlamentarischen Beirat außer bei den Linken ein sehr großes Wohlwollen gegenüber einer Grundgesetzänderung erkennbar war. Ich würde mich freuen, wenn dies auch in der weiteren Beratung in den zuständigen Fachausschüssen zum Tragen käme.

Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich gebe das Wort zu einer Kurzintervention der Kollegin Katja Kipping.

Katja Kipping (DIE LINKE):

Uns ist vorgeworfen worden, dass wir bei unserer Analyse von Ausbeutung im 19. Jahrhundert, bei Karl Marx, stehen geblieben sind. Ich finde, darauf muss man reagieren. Ich persönlich bin der Meinung, dass man eine Analyse mittels Marx um postmarxistische Ansätze – etwa um den Ansatz von Judith Butler oder um radikal-demokratische Ansätze wie den von Chantal Mouffe – ergänzen sollte.

Ich muss ehrlich sagen: Wenn hier Vertreter von der FDP so knallhart und so trivial nur Wirtschaftsinteressen vertreten, bleibt einem bei der Analyse Ihres Handelns manchmal gar nichts anderes übrig.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Hören Sie überhaupt manchmal zu?)

als zu sagen, dass Karl Marx damals tatsächlich recht hatte.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kauch, bitte schön.

(D)

Michael Kauch (FDP):

Frau Kipping, während Sie hier auf die marxistische Theorie und auf postmarxistische Theorien eingehen, möchte ich auf den real existierenden Sozialismus eingehen, und zwar auf die Frage, was Ihre Vorgängerpartei, die SED, in der DDR an Nachhaltigkeitspolitik geleistet hat.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Das ist dieselbe Partei mit neuem Namen!)

Ich möchte darauf verweisen, was in Ihrem Antrag steht: Es gebe nur die Klassenauseinandersetzung und die Auseinandersetzung zwischen Arm und Reich. Wenn wir einmal konzedieren, dass es das in der DDR nicht gab, weil Sie ja so eine gute sozialistische Politik gemacht haben,

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Sie wissen sehr wohl, dass wir uns mit der SED auseinandersetzen!)

so möchte ich doch darauf hinweisen, dass die DDR und ihre real existierende Politik dazu geführt haben, dass die Umwelt in der DDR am Boden lag.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Michael Kauch

- (A) Wir haben dort eine Situation erlebt, in der das, was die Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats in der vergangenen Wahlperiode gesagt hat – man müsse nicht vom Kapital, sondern von den Zinsen leben –, nirgendwo so stark missachtet wurde wie in Ihrem sozialistischen System. Deshalb sollten Sie aus meiner Sicht ganz ruhig sein, wenn es um Nachhaltigkeit geht.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Es folgt noch eine Kurzintervention, und zwar des Kollegen Heilmann, der darauf rekurriert, dass der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung angesprochen worden ist. – Bitte schön.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]:
Schweigen Sie nachhaltig! Das wäre für alle Beteiligten das Beste!)

Lutz Heilmann (DIE LINKE):

Ich möchte deutlich machen, dass der angesprochene Beirat keine Position zum hier vorliegenden Gesetzentwurf verabschiedet hat.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Hat auch keiner behauptet! Hören Sie eigentlich zu?)

Sie, Herr Kauch, haben einen gegenteiligen Eindruck erweckt; den Eindruck möchte ich als Obmann der Fraktion Die Linke von mir weisen.

- (B) (Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erst könnt ihr nicht hören, jetzt könnt ihr nicht lesen! Was könnt ihr eigentlich?)

Im Übrigen möchte ich Sie, Herr Kauch, darauf verweisen, was nachhaltige Entwicklung bedeutet: der Ausgleich von Ökologischem, Sozialem und Ökonomischem. Gerade Ihre Fraktion hier im Deutschen Bundestag macht deutlich, dass sie zumindest zwei wesentliche Säulen ständig vernachlässigt, nämlich die soziale und die ökologische Frage.

Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kauch, möchten Sie nochmals erwidern?

Michael Kauch (FDP):

Da ich als einziger Vertreter des Beirats gesprochen habe und der Vorsitzende hier leider keine Redezeit bekommen hat, möchte ich mich lediglich darauf beschränken, darauf hinzuweisen, dass wir im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung darüber diskutiert haben, dass es diesen Antrag gibt. Es wurde überlegt, wie man ihn befördern kann. Es wurde in der Tat nicht darüber abgestimmt, und es gibt daher keine formale Position des Gremiums. Ich habe deswegen auch gesagt, dass es mit Ausnahme Ihrer Fraktion große Sympathien für die Annahme dieses Antrags gab.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Zuhören!)

(C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat das Wort der Kollege Grosse-Brömer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, wie man klassenkämpferische Töne in die Debatte über Generationengerechtigkeit hineinbringen kann.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Es wäre in der Tat besser gewesen, Sie hätten zu diesem Thema nachhaltig geschwiegen. Das wäre der richtige Weg gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir debattieren über die Generationengerechtigkeit. Da stellt sich die Frage, was das ist. Wir haben vorhin sehr unterschiedliche Interpretationen gehört. Aber man muss feststellen, dass diese Debatte die Diskussion über Generationengerechtigkeit befördert. Deswegen ist es gut, dass wir diese Debatte führen.

Politik macht – unabhängig davon, welche Partei sie gestaltet – sehr häufig das, was kurzfristig populär ist, und nicht das, was langfristig notwendig ist. Das liegt vielleicht ein Stück weit im Wesen der Demokratie. Das muss ich aber keinem erzählen; denn alle in diesem Hause haben schon mehrere Wahlkämpfe hinter sich.

(D)

Richard von Weizsäcker hat aus meiner Sicht das Problem ganz zutreffend beschrieben. Er hat gesagt, dass das Strukturproblem der Demokratie in der Verherrlichung der Gegenwart und in der Vernachlässigung der Zukunft liegt. Insofern ist es gut, wenn wir darüber nachdenken, was zukünftige Generationen von der aktuellen Politik zu erwarten haben.

(Michael Kauch [FDP]: Notwendig!)

Auch ich finde diese Diskussion notwendig. Es ist gut, wenn man sich in weiten Teilen fraktionsübergreifend für dieses Thema einsetzt.

Ich will noch auf einen Punkt hinweisen, den der Kollege Dr. Dressel vorhin angesprochen hat. Es stellt sich die Frage, ob das, was in dem Gesetzentwurf vorgeschlagen wird, der richtige Weg ist, um zu erreichen, dass zukünftige Generationen von den aktuell handelnden Politikern gerecht behandelt werden. Wir müssen feststellen: Wenn Generationengerechtigkeit wichtig ist – das ist unbestritten der Fall; deshalb ist es gut, dass die Debatte stattfindet –, dann sind wir gehalten, sie politisch zu gestalten.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Das findet nicht statt!)

– Natürlich findet das nicht immer statt.

Michael Grosse-Brömer

(A) (Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Das ist das Problem!)

Aber wird das Problem dadurch gelöst, dass wir Generationengerechtigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz aufnehmen? Das ist die spannende Frage. Wir müssen politisch gestalten und sollten nicht glauben, dass wir mit der Aufnahme in das Grundgesetz die Probleme gelöst hätten.

Wir müssen einmal fragen, worin das Interesse zukünftiger Generationen besteht. Zu diesem Punkt wird es nach wie vor einen Meinungsstreit geben. Dieser Gesetzentwurf reiht sich ein in die Flut gutgemeinter Vorschläge, was denn alles als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden kann. Es ist gut, dass wir trotz unterschiedlicher Auffassungen fraktionsübergreifend darüber diskutieren. Sie werden mir als Rechtspolitiker nicht verübeln, wenn ich frage, ob es wirklich sinnvoll ist, Kultur, Sport, Kinderschutz, Verschuldungsverbot und Generationengerechtigkeit als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Ich bitte jede und jeden von Ihnen, durch Handzeichen anzuzeigen, wer gegen den Sport ist, wer Kultur für überflüssig hält und wer der Meinung ist, dass Kinderschutz und Generationengerechtigkeit in unserer Gesellschaft nicht wichtig sind.

(Michael Kauch [FDP]: Und der Tierschutz?)

– Zu argumentieren, dass wir andere Ziele ins Grundgesetz aufnehmen müssen, weil dies beim Tierschutz schon der Fall ist, ist vergleichbar mit der Aussage: Bei jemandem mit einer Grippe kommt es auf einen Herzinfarkt auch nicht mehr an.

(B) (Lachen des Abg. Michael Kauch [FDP])

Ich stimme Ihnen zu, dass es nicht gut ist, dass der Tierschutz als Staatsziel in der Verfassung steht. Denn dies ergibt keinen Sinn. Kein Tier ist besser geschützt im Vergleich zu der Zeit, als der Tierschutz kein Staatsziel war. Vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wurde 2006 in einem Urteil entschieden:

Die Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel ... schließt es nicht aus, einem muslimischen Metzger eine Ausnahmegenehmigung ... zum betäubungslosen Schlachten (Schächten) von Rindern und Schafen zu erteilen ...

So viel zur Wirksamkeit von Staatszielbestimmungen im Grundgesetz.

Da sich von Ihnen gerade niemand gemeldet hat, weil er Sport für völlig überflüssig und Kultur weiß Gott nicht für unterstützenswert hält, darf ich feststellen: Wir sind uns alle über die Notwendigkeit dieser wichtigen politischen Ziele einig. Es liegt doch an uns, das politisch zu gestalten. Glauben Sie etwa, dass die Politik dadurch, dass wir das ins Grundgesetz schreiben, besser würde? Wir werden gleichwohl über den besten Weg, diese Ziele in konkrete Politik umzusetzen, nachdenken und streiten müssen. Ich weiß, das ist nicht populär, aber man muss zwischendurch auch einmal das machen, worauf es ankommt, und nicht immer nur das, was ankommt. Das ist eine alte Geschichte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Ich glaube, diese Ziele sind wichtig; aber die praktischen Notwendigkeiten sind gefragt. Verfassungsrechtlich gibt es nun einmal erhebliche Bedenken. Wenn Sie etwas in die Verfassung schreiben, was sich letztlich nicht realisieren lässt, enttäuschen Sie die Leute und schwächen die Verfassung. Das ist doch logisch. Der Glaube, wir könnten mit Gesetzen die Welt verbessern – darüber kann man ja nachdenken; ein Stück weit muss das vielleicht auch unser Ziel sein –, ist doch ein Grund für die Politikverdrossenheit in Deutschland. In dem Moment, wo wir ein Gesetz erlassen, mit dem das Beabsichtigte nicht erreicht wird, oder wir Generationengerechtigkeit in die Verfassung schreiben, das aber nicht dazu führt, dass Generationengerechtigkeit hergestellt wird, enttäuschen wir all diejenigen, die das für eine kluge Sache gehalten und unterstützt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Verfassungsgeschichte zeigt, dass das ursprünglich nicht gewollt war; denn ich glaube nicht, dass Naturschutz oder Tierschutz damals als völlig unwichtig erachtet wurden. Die Väter des Grundgesetzes – ich glaube, es hat auch drei Mütter gegeben – haben sich damals bewusst gegen Staatsziele entschieden. Sie haben gesagt: Das Grundgesetz soll kein Warenhauskatalog, kein Wunschkatalog sein, sondern es sollen nur die Dinge aufgenommen werden, die sich auch tatsächlich umsetzen lassen. Das ist zum Beispiel bei den Grundrechten der Fall, die ganz konkrete Abwehrrechte des einzelnen Bürgers gegen den Staat darstellen. Im Gegensatz dazu sind und bleiben Staatsziele unverbindliche Absichtserklärungen und begründen keine einklagbaren Rechte.

(D)

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Dann können wir „Sozialstaat“ ja streichen!)

Deswegen bin ich dafür, dass wir die Verfassung nicht dadurch beeinträchtigen – aus meiner Sicht wäre das eine Beeinträchtigung –, dass das Vertrauen der Menschen in diese rechtliche Grundlage unserer Gesellschaft durch Aufnahme von immer mehr Staatszielen belastet wird; denn eines ist ja klar: Sobald wir Staatsziele aufnehmen – Herr Kauch, das dokumentiert Ihr Einwand –, gebiert dies den Wunsch nach weiteren. Jeder von uns hat natürlich noch die eine oder andere hehre Absicht, die ins Grundgesetz aufgenommen werden könnte.

Mein Fazit zum Schluss: Ich glaube, es ist richtig, über Generationengerechtigkeit zu reden. Es ist wichtig, dass wir darüber debattieren. Man sollte aber nicht glauben, dass wir das Problem durch die Aufnahme von Generationengerechtigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz lösen könnten. Kinder, Kultur und Sport sind wichtig, der Schutz der Verfassung aber auch.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/3399 und 16/6599 an die Ausschüsse vorgeschlagen, die Sie in der Tagesordnung finden. Die Vorlage auf Drucksache 16/3399 soll federführend an den Rechtsausschuss überwiesen werden. Sie sind damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Schneider (Saarbrücken), Klaus Ernst, Dr. Lothar Bisky, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Zwangsverrentung stoppen – Beschäftigungsmöglichkeiten Älterer verbessern

- zu dem Antrag der Abgeordneten Irmgard Schewe-Gerigk, Brigitte Pothmer, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen ausschließen

- Drucksachen 16/5902, 16/5429, 16/6625 –

**(B) Berichterstattung:
Abgeordneter Anton Schaaf**

Zwischen den Fraktionen ist verabredet, hierüber eine halbe Stunde zu debattieren. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe zunächst das Wort dem Kollegen Anton Schaaf für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Anton Schaaf (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie unterschiedlich, wie seriös und sachlich man sich einem Thema nähern kann, können wir an diesen beiden unterschiedlichen Anträgen erkennen.

In der Tat ist es so – da gibt es nichts zu diskutieren –, dass sich mit dem Auslaufen der 58er-Regelung unter Umständen eine Lücke auftun wird. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir sie vor dem Hintergrund des grundsätzlich richtigen Sozialstaatsprinzips der Nachrangigkeit schließen können. Es geht um die Frage, ob Menschen, die in erster Linie Arbeitslosengeld II beziehen, nicht vorrangig – vor der sozialstaatlichen Leistung – erworbene Rentenansprüche in Anspruch nehmen müssen.

Wir reden da über ein sachliches Problem. Die Grünen haben es als solches erkannt. Über Ihren Antrag ist durchaus auch so zu diskutieren, wobei, liebe Irmgard Schewe-Gerigk, ich gleich noch darauf zurückkommen werde, warum man ihn trotzdem ablehnen kann.

(C) (Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das verstehe ich nicht!)

Denn diese Regierung und die sie tragende Koalition handeln an dieser Stelle. Das werde ich gleich erklären.

Zum anderen Antrag sage ich: Er ist typisch und zeigt, was eine sachliche Diskussion mit der Linken schwer macht. Ihr Antrag ist überschrieben mit „Zwangsverrentung stoppen ...“. Man unterstellt also, dass es Zwangsverrentung gibt, dass Menschen massenhaft aus dem Arbeitslosengeld-II-Bezug herausgedrängt werden und ihre Rente zwangsweise in Anspruch nehmen müssen.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Ja, natürlich ist das so!)

Genau diese Unseriosität passiert der Linken auf solch wichtigen Politikfeldern immer; Sachverhalte werden immer wieder falsch dargestellt. Das sind reiner Populismus und der Versuch, den Menschen Angst zu machen. Das ist überhaupt keine Frage. Das wird an solchen Unterschiedlichkeiten sehr deutlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Also: Problem erkannt. Über die Frage, welcher sinnvollen Lösung man es zuführen kann, wird zurzeit in der Koalition, aber auch im Ministerium nachgedacht. In der Tat kann es sein, dass der eine oder andere der Akteure vor Ort das Instrument der Nachrangigkeit tatsächlich nutzt. Das stimmt. Wobei ich sage: Für uns muss Prämisse sein, dass derjenige, der Arbeit haben will, der sich bereit erklärt, auf Jobsuche zu gehen und sich dabei unterstützen lässt, nicht zwangsverrentet wird. Diese Frage stellt sich für uns überhaupt nicht. Man muss Mechanismen einführen, die dies verhindern.

Das Nachrangigkeitsprinzip an der Stelle infrage zu stellen, und zwar in Gänze, halten wir für völlig falsch. Das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Von daher halten wir es für falsch, die Nachrangigkeit herauszunehmen und schlichtweg Luft zu machen. Vielmehr brauchen wir klare Mechanismen und Regeln, damit Zwangsverrentung verhindert wird bei denen, die bereit sind, zu arbeiten. Das ist für uns der entscheidende Punkt. Wir werden bis zum Ende des Jahres mit Auslaufen der 58er-Regelung mit Sicherheit vernünftige Lösungen gefunden haben und sie hier entsprechend zur Diskussion und zur Abstimmung stellen. Dessen können Sie alle durchaus versichert sein.

Einen Punkt aus dem Antrag der Linken will ich aufgreifen. Denn ich glaube, man muss mit Missverständnissen und Unklarheiten ein Stück weit aufräumen. Die Linken haben gefordert, die gesetzlich geförderte Altersteilzeit über 2009 hinaus zu verlängern. Man sollte sich die Altersteilzeit einmal genau anschauen – ich sehe hier im Saal den geschätzten Kollegen Ernst; er ist Gewerkschafter –: Hierbei geht es um die gesetzlich geförderte Altersteilzeit, in dessen Rahmen Zuschüsse der BA gezahlt werden. Die Förderung soll man bitte schön fortsetzen. Jetzt ist es allerdings in der Realität so, Herr Ernst, dass es sich da, wo Altersteilzeit in Anspruch ge-

(C)

(D)